

Glanz und Elend der deutschen Geschichte

Schlüsselergebnisse von 1989 bis 2017

Band 10

Das Märchen von Souveränität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ...

Band 10/133

Die Neue Weltordnung des US-Imperiums, Teil 9

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. September 2015:

>>Immigration als Waffe

Krude Strategie: Jährlich 1,5 Millionen Einwanderer aus der Dritten Welt sollen Europas Intelligenz senken

Rassismus ist das Standardargument schlechthin, wenn Kritiker einer unkontrollierten Zuwanderungspolitik mundtot gemacht werden sollen. Ein Blick in die Geschichte zeigt jedoch, daß erstaunlicherweise gerade einflußreiche Befürworter einer multikulturellen Gesellschaft oftmals mit einem kruden Biologismus argumentiert haben.

Mit Blick auf den europäischen Kontinent hatte Richard Nicolaus Graf von Coudenhove-Kalergi etwa im Jahr 1925 in seiner Programmschrift "Praktischer Idealismus" die Entstehung einer "eurasisch-negroiden Zukunftsrasse" vorausgesagt. Äußerlich der altägyptischen ähnlich, sollte diese Mischrasse nach Meinung des Gründers der Paneuropa-Union, die "Vielfalt der Völker durch eine Vielfalt der Persönlichkeiten" ersetzen. Bis heute eine Fundgrube für antisemitische Verschwörungstheoretiker sind die Ansichten Coudenhove-Kalergis zu den Juden, die er als die "geistige Führerrasse Europas" bezeichnete.

Rund 20 Jahre später tauchten im Zuge des Zweiten Weltkriegs dann Ideen für eine biologische Lösung des "deutschen Problems" auf. Für Aufsehen sorgte etwa ein 1943 im Selbstverlag erschienenes Traktat von Theodore Newman Kaufman. Unter dem Titel "Germany must perish!" plädierte Kaufman für eine Massensterilisation der Deutschen. Im Jahr 1944 war es der US-Finanzminister Henry Morgenthau, der vorschlug, Deutschland in einen Agrarstaat zu verwandeln. Zitate, die Morgenthau zugeschrieben werden, sprechen dafür, daß ihm durchaus bewußt war, daß die Umsetzung seiner Pläne Millionen Menschenleben gefordert hätten.

In der Öffentlichkeit weit weniger bekannt sind die Gedanken des US-amerikanischen Anthropologen Ernest Hooton, der die Deutschen unterschiedslos für "moralische Schwachsinnige" hielt. In einem 1943 veröffentlichten Aufsatz hatte Hooton empfohlen, die Geburtenzahl der Deutschen zu reduzieren sowie die Einwanderung und Ansiedlung von Nicht-Deutschen, insbesondere von Männern, in Deutschland zu fördern. Um größeren Widerstand bei den Deutschen zu vermeiden, schlug Hooton vor, diese "Umzüchtung" langsam durchzuführen.

Zur Entlastung Hootons wird angeführt, daß seine Vorschläge außerhalb des Artikels nie wieder öffentlich erwähnt worden seien und auch sonst niemand die dahinterstehenden Ideen propagiert habe. Der Bedeutung Hootons wird dies allerdings kaum gerecht. Der Lehrstuhl des Wissenschaftlers war in den Vereinigten Staaten das Hauptzentrum zur Forschung und Ausbildung im Fachbereich der biologischen Anthropologie. Dazu galt Hooton seinerzeit als prägend für eine ganze Generation von Anthropologen.

Daß Ideen einer gezielten Völkervermischung bis heute ihre Anhänger haben, macht das Beispiel des 1962 in Chilton, Wisconsin, geborenen US-amerikanischen Forschers auf dem Gebiet der Militärstrategie Thomas Barnett deutlich. In Büchern wie "The Pentagon's New Map" und "Blueprint for Action" nennt der als "Vordenker der Globalisierung" bezeichnete Barnett als Endziel der US-Politik die "Gleichschaltung aller Länder der Erde". Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Immigrationswelle interessant sind Barnetts Gedanken zu Europa.

Der Kontinent soll nach Ansicht des Geostrategen jährlich 1,5 Millionen Einwanderer aus der Dritten Welt aufnehmen. Ähnlich wie bei Coudenhove-Kalergi taucht der Gedanke auf, daß in Europa die Entstehung einer "hellbraunen Rasse" gezielt herbeigeführt werden müßte. Ergebnis wäre laut Barnett eine Bevölkerung mit einem durchschnittlichen Intelligenzquotienten von 90, "zu dumm zu begreifen, aber intelligent genug, um zu arbeiten".

Ein anderer geopolitischer Vordenker aus den USA, Zbigniew Brzezinski, prognostiziert in seinem Buch "Die einzige Weltmacht" noch eine andere Folgewirkung, die eine multikulturelle Gesellschaft nach sich ziehe. Speziell mit Blick auf die USA gerichtet äußerte Brzezinski die Befürchtung, daß der Niedergang der Dominanz des weißen, angelsächsisch geprägten Amerika zugunsten einer multikulturellen Gesellschaft langfristig eine Schwächung der USA darstellt. Eine stark fragmentierte Gesellschaft würde es zunehmend verhindern, daß sich die USA künftig noch militärisch im Ausland engagieren würden, so die Argumentation Brzezinskis.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 2. Oktober 2015: >>**Finanzguru George Soros' Plan für Europas Flüchtlingskrise**

Von George Soros

Der Exodus aus Syrien hätte nie in eine Krise münden müssen. Jetzt muß Europa mit einer echten europäischen Asylpolitik reagieren. Sie muß die Panik und das unnötige menschliche Leiden beenden.

Die Europäische Union muß die Verantwortung für das Fehlen einer gemeinsamen Asylpolitik übernehmen. Dieser Mangel führte dazu, daß der wachsende Flüchtlingsstrom dieses Jahres von einem handhabbaren Problem zu einer politischen Krise eskaliert ist.

Jeder Mitgliedsstaat hat sich auf selbstsüchtige Weise nur um seine eigenen Interessen gekümmert und oft gegen die Interessen anderer gehandelt. Dies hat unter den Asylsuchenden, der Öffentlichkeit sowie unter den Polizei- und Justizbehörden für Panik gesorgt.

Um auf die Krise reagieren zu können, braucht die EU einen gemeinsamen Plan. Dieser muß eine effektive Methode zur Handhabung der Asylantenströme beinhalten, damit diese auf sichere, geordnete Weise stattfinden können - und in einer Geschwindigkeit, die Europas Aufnahmefähigkeit entspricht.

Dieser Plan muß so umfassend sein, daß er auch über die Grenzen Europas hinausreicht. Es ist weniger zerstörerisch und viel weniger kostenaufwendig, wenn die potentiellen Asylanten in oder in der Nähe ihrer jeweiligen Umgebung bleiben.

Die EU muß jährlich eine Million Flüchtlinge aufnehmen

Angesichts dessen, daß der Ursprung der aktuellen Krise in Syrien liegt, muß das Schicksal der syrischen Bevölkerung erste Priorität haben. Aber auch andere Asylbewerber und Migranten dürfen nicht vergessen werden.

Dementsprechend muß ein europäischer Plan von weltweiten Maßnahmen begleitet werden, die unter der Leitung der Vereinten Nationen stehen und deren Mitgliedsstaaten mit einbeziehen.

Dadurch werden die Lasten der syrischen Krise auf eine größere Anzahl von Staaten verteilt und gleichzeitig weltweite Standards für den Umgang mit dem Problem der erzwungenen Migration eingeführt.

Erstens muß die EU in absehbarer Zukunft mindestens eine Million Asylsuchende jährlich

aufnehmen. Und um dies tun zu können, muß die Last fair verteilt werden.

Die EU zahlt 15.000 Euro für jeden Flüchtling

Von entscheidender Bedeutung ist eine angemessene Finanzierung. Die EU muß während der ersten zwei Jahre jährlich 15.000 Euro pro Asylbewerber für Wohnen, Gesundheit und Ausbildung bereitstellen - und den Mitgliedsstaaten die Aufnahme von Flüchtlingen schmackhafter machen.

Diese Mittel können durch die Ausgabe langfristiger Anleihen aufgebracht werden, die sich den größtenteils ungenutzten AAA-Kreditstatus der EU zunutze machen. Dies hätte den zusätzlichen Vorteil eines moralisch gerechtfertigten Haushaltsstimulus für die europäische Wirtschaft.

Ebenso wichtig ist es, die Vorlieben sowohl der Staaten als auch der Asylbewerber zu berücksichtigen und dabei so wenig Zwang wie möglich auszuüben. Die Flüchtlinge dort anzusiedeln, wo sie sein möchten und wo sie erwünscht sind, ist eine unabdingbare Voraussetzung für den Erfolg.

Zweitens muß sich die EU an die Spitze der weltweiten Bemühungen stellen, Jordanien, dem Libanon und der Türkei genügend Mittel zur Unterstützung der vier Millionen Flüchtlinge zukommen zu lassen, die momentan in diesen Ländern leben.

20 Milliarden für die Lager in Nahost

Bis jetzt wurde nur ein Bruchteil der Summe aufgebracht, die für die grundlegenden Bedürfnisse benötigt wird. Wenn man Ausbildung, Training und andere wichtige Maßnahmen mit einbezieht, liegen die jährlichen Kosten bei mindestens 5.000 Euro pro Flüchtling oder 20 Milliarden insgesamt.

Obwohl die EU-Hilfen für die Türkei gerade verdoppelt wurden, liegen sie immer noch bei nur einer Milliarde Euro. Zusätzlich sollte die EU in der Region und auch in Tunesien und Marokko zur Schaffung wirtschaftlicher Sonderzonen beitragen, um Investitionen anzuziehen und sowohl für die Lokalbevölkerung als auch für die Flüchtlinge Arbeitsplätze zu schaffen.

Die EU müßte den Frontstaaten jährlich mindestens acht bis zehn Milliarden Euro garantieren, und der Rest sollte von den Vereinigten Staaten und dem Rest der Welt aufgebracht werden. Auch diese Summe könnte durch die Art langfristiger Anleihen finanziert werden, deren Erlöse bereits den Asylbewerbern in Europa zugute kommen.

Drittens muß die EU sofort damit beginnen, ein einheitliches Büro für Asyl und Migration zu gründen, und später auch eine einheitliche EU-weite Grenzsicherung. Das momentane Flickwerk von 28 unterschiedlichen Asylsystemen funktioniert nicht: Es ist teuer und ineffizient, und bei der Bestimmung, wer asylberechtigt ist, führt es zu völlig uneinheitlichen Ergebnissen.

Das neue Büro könnte die einzelnen Verfahren schrittweise aneinander angleichen, gemeinsame Regeln für Beschäftigung, Unternehmensgründung und Hilfszahlungen aufstellen und eine effektive und rechtlich einwandfreie Rückkehrpolitik für Migranten einführen, deren Asylanträge abgelehnt wurden.

Der Türkei mehr helfen, sie ist Frontstaat

Viertens müssen die Reiserouten der Asylbewerber gesichert werden, darunter zunächst der Weg von Griechenland und Italien in ihre Zielländer. Dies ist sehr wichtig, um die Panik zu beruhigen.

Der nächste logische Schritt wäre dann, sichere Verbindungsrouten zu den Frontregionen zu schaffen und damit die Anzahl der Migranten zu verringern, die sich auf die gefährliche Mittelmeerüberquerung begeben.

Haben Asylsuchende eine vernünftige Chance, letztlich Europa zu erreichen, ist es viel wahrscheinlicher, daß sie bleiben, wo sie sind. Dazu müssen in Zusammenarbeit mit dem EU-Flüchtlingsbüro Verhandlungen mit den Frontstaaten geführt werden, um dort Bearbeitungs-

zentren zu gründen - in erster Linie in der Türkei.

Die durch die EU entwickelten operationalen und finanziellen Regelungen sollten dann dazu verwendet werden, für den Umgang mit Asylbewerbern und Migranten weltweite Standards einzuführen. Dies ist der fünfte Bestandteil des umfassenden Plans.

Orbáns Plan droht die EU zu teilen und zu zerstören

Und um schließlich über eine Million Asylsuchende und Migranten jährlich aufnehmen zu können, muß die EU den privaten Sektor - NGOs, Kirchengruppen und Unternehmen - dazu mobilisieren, als Sponsoren aufzutreten. Dazu ist nicht nur eine ausreichende Finanzierung erforderlich, sondern auch die menschlichen und computertechnischen Mittel, um zwischen Migranten und Sponsoren zu vermitteln.

Der Exodus aus dem kriegsgeschüttelten Syrien hätte nie zu einer Krise werden müssen. Er war schon seit Langem abzusehen, leicht prognostizierbar, und Europa sowie die internationale Gemeinschaft hätten ihn durchaus bewältigen können.

Auch der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán hat jetzt einen Sechspunkteplan zur Krisenbewältigung aufgestellt. Aber sein Plan, der die Menschenrechte der Asylsuchenden und Migranten auf Kosten der Sicherheit der Grenzen mißachtet, droht die EU zu teilen und zu zerstören, indem er ihre grundlegenden Werte leugnet und die Gesetze verletzt, mit denen diese geschützt werden sollen.

Die EU muß darauf mit einer echten europäischen Asylpolitik reagieren, die geeignet ist, die Panik und das unnötige menschliche Leiden zu beenden.

Aus dem Englischen von Harald Eckhoff.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 8. Oktober 2015 (x892/...): >>Die Völkerwanderung

Unter dem Titel "Die Völkerwanderung" hat der Regens des Priesterseminars Herz-Jesu und geistliche Beirat des Civitas Instituts, Pater Franz Schmidberger, eine Analyse der derzeitigen Masseneinwanderung nach Europa und Deutschland veröffentlicht. Die Analyse nimmt besonders die religiöse Dimension in den Blick, denn die nahezu eine Millionen Einwanderer aus dem Nahen Osten sind in der Mehrzahl Moslems. Pater Schmidberger stellt die Frage: "Ist die gegenwärtige Masseninvasion Mitteleuropas ein Zufall?"

DIE VÖLKERWANDERUNG

Ist die gegenwärtige Masseninvasion Mitteleuropas ein Zufall? Wir glauben es nicht. Sie hat vielmehr ihre mehr oder minder offenkundigen Gründe. Zählen wir einige davon auf.

1. Der westliche Liberalismus hat in Europa ein geistiges Vakuum geschaffen. Ein Vakuum bleibt aber nie als solches bestehen, es zieht außerhalb Liegendes an. So zieht der religiöse und moralische Verfall jene Völker an, die, wenn auch einem falschen und gefährlichen Glauben verpflichtet, diesen doch bis in die letzte Konsequenz leben, wie dies eben beim Islam der Fall ist.

2. An der Mittelmeerküste zwischen Genua und Nizza liegt die Geburtsrate pro Frau bei 0,6 Kindern, im gegenüberliegenden Marokko und Algerien bei 6 Kindern. In den Ländern Mitteleuropas insgesamt ist es nicht viel besser, so in Deutschland, Italien, Frankreich und Spanien. Dabei sind in den entsprechenden statistischen Erhebungen die kinderreichen Einwandererfamilien aus Algerien in Frankreich und aus der Türkei in Deutschland schon mit eingerechnet.

3. Es gibt Kräfte, die an einer systematischen Zerstörung der letzten Reste des christlichen Erbes in Europa arbeiten. Was ist leichter, als durch einen solchen Zustrom von vor allem jungen islamischen Männern das Christentum auszuhebeln?

Hier und dort hört man, daß das Geld für die Schleuser aus den USA fließt und die französischen Behörden in den Ländern Nordafrikas die Massenflucht mit organisieren. Saudi-Arabien bietet der Bundesrepublik Deutschland wohl keine Flüchtlingshilfe an, wohl aber den

Bau von 250 Moscheen. Menschen, die inmitten dieses Chaos zu Besonnenheit aufrufen, wie der ungarische Präsident Orbán, werden als Rechtsradikale verschrien. Dabei sind die Massenmedien gleichgeschaltet.

4. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß es diese nämlichen antichristlichen Kräfte sind, die Bürgerkriege im Irak und in Syrien entfesselt haben, welche jetzt einen Teil der heutigen Asylanten in die Flucht getrieben haben. Wer hat vor einigen Jahren den sogenannten "arabischen Frühling" inszeniert? Wer hat den Irak unter Saddam Hussein mit dem Vorwand angegriffen, er besitze Massenvernichtungsmittel, was sich in der Folge als falsch, als Lüge entpuppt hat? Als dieser Tage Rußland in der UNO die Resolution einbrachte, die IS als terroristische Gruppe einzustufen, scheiterte der Antrag am Widerstand der USA Obamas.

Werfen wir noch kurz einen Blick auf die Folgen dieser Masseninvasion. Kurzfristig stehen die Asylanten, meist junge Männer, da ohne Arbeit, ohne Kenntnis unserer Sprache, ohne das geringste Interesse an einer Integration. Schwere soziale Unruhen kann man für die nahe Zukunft sich an der Hand abzählen. Längerfristig gesehen werden die angestammten Europäer sich in ein neues Europa mit der Scharia integrieren müssen.

Frau Aydan Özoguz (*31.5.1967 in Hamburg, deutsche Politikerin, seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages, seit Dezember 2011 stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD, seit Dezember 2014 Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration) sagt unverblümt, daß die Europäer sich in Zukunft täglich ihre Rechte erstreiten müssen.

Beten wir darum mit der ganzen Kirche gegen deren Verfolger:

"Wir bitten Dich, o Herr: Zermalme den Hochmut unserer Feinde und wirf nieder ihren Trotz mit Deiner mächtigen Hand. Durch Christus, unseren Herrn."

P. Franz Schmidberger, Regens<<

Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 14. Oktober 2015 (x893/...): >>**Käufliche Journalisten manipulieren die öffentliche Meinung**

Der Titel des Buches "Gekaufte Journalisten" ist für die Pressevertreter an sich schon eine Provokation, der Autor Udo Ulfkotte als gelernter Journalist gilt als ein Nestbeschmutzer.

Eine Buchbesprechung von Hubert Hecker

Das Buch stand bis vor kurzem ein Dreiviertel Jahr lang auf den vorderen Plätzen der Verkaufslisten des Buchhandels. Dieses außerordentliche Publikumsinteresse bei einem mittelmäßigen Buch zeugt von tiefem Mißtrauen gegenüber der Glaubwürdigkeit von Journalisten. Und tatsächlich bestätigt das Werk, warum bei demoskopischen Befragungen zum Ansehen von Berufen die Presseleute auf den hinteren Plätzen landen. Es ist daher nicht überraschend, daß Vertreter der Journalistenzunft über das Buch hergefallen sind.

Sicherlich spielt für den Verkaufserfolg auch eine Rolle, daß Ulfkotte seine Schrift als Enthüllungsgeschichte/n konzipiert hat - durchaus im Stil des Boulevard-Journalismus', also mit Skandalisierungen, Übertreibungen und Aufbauschungen. Da diese Methoden auch eine Domäne des Spiegels sind, hat das Hamburger Nachrichtenmagazin allen Grund, gegen den Erfolgsautor einen Mitarbeiter anzusetzen.

Die dreiseitige Spiegelstory von Jan Fleischhauer in der Ausgabe 11/2015 ist mit der hausüblichen Häme und Herablassung geschrieben. Das wird deutlich bei der Inhaltsbeschreibung des Buches, das der Spiegelautor in wenige Zeilen zusammenquetscht: Das "Pressekorps der Qualitätsmedien" sei "ein korrupter Haufen von Abstaubern, die die Öffentlichkeit belügen" würden, indem sie ihren "heimlichen Auftraggebern bei CIA und Wallstreet nach dem Munde" redeten. Mit solchen lächerlich machenden Sätzen signalisiert der Spiegelschreiber seinen Unwillen, sich ernsthaft mit dem Inhalt des Buches auseinanderzusetzen. Er wendet sich statt dessen *cum ira et studio ad personam*: Den Buch-Autor stellt er als verrückten und an Verfolgungswahn leidenden Anhänger von Verschwörungstheorien dar.

Auch andere Medienleute haben in ihren Rezensionen wenig Geschmack an der Journa-

listenkritik von Ulfkotte gefunden. Die meisten halten zwar den einen oder anderen Kritikpunkt für berechtigt, um dann aber seitenlang über die Fehler des Buches herzuziehen. Diese Buchbesprechung geht gerade umgekehrt vor, um nach den Schwächen und Mängeln von Ulfkottes Werk seine inhaltlichen Ausführungen zu würdigen.

Die Mängel des Buches

Einer der wenigen positiven Rezensenten, Albrecht Müller von den 'Nachdenkseiten', charakterisiert das Buch als ein "Kompendium von interessanten Informationen zu Kommunikationskampagnen" herrschender Elitegruppen.

Statt 'Kompendium' hat man eher den Eindruck eines Sammelsuriums von wichtigen und unwichtigen Informationen - erst recht bei der Darstellung einzelner (käuferlicher) Journalisten: Müssen wir wissen, daß ein Redaktionsleiter der FAZ Alkoholiker war? Oder Ulfkottes "Freund" Klaus Bering im Flieger volltrunken mehrfach kotzte - "ungeniert vor den Mitreisenden"? Die Stewardessen hätten Bering "wie einen kleinen Scheich" vom Erbrochenen gereinigt, "denn alle Rechnungen wurden ja vom Sultan vom Oman bezahlt". In diesem Stil findet sich eine Reihe von Erlebnisgeschichten, die das schlechte Benehmen und die "Raffgier" von Journalisten bei luxuriösen Einladungsreisen belegen sollen.

Ulfkotte hat eine Tendenz zum Skandalisieren, zweifelhafte journalistische Praktiken werden zu "Überlebensgröße aufgeblasen" (S. Niggemeyer). Zu dem Abschnitt: "Wie Journalisten ihre Villen in der Toskana bezahlen" sei aus der längeren Einleitungspassage zitiert - auch um den boulevardesken Stil und die teilweise unsinnigen Folgerungen des Enthüllungsjournalisten zu dokumentieren: "Haben Sie sich auch schon mal darüber gewundert, warum so viele Alpha-Journalisten Häuser in der Toskana oder Spanien haben? Sie ahnen vielleicht, wie man als Journalist seine Seele an den Teufel verkauft, um auf Kosten Dritter in exotische Länder reisen zu können. Die volle Wahrheit kennen Sie aber noch nicht":

Bei Einladungsreisen von reichen Sultanen gibt es bei 5-Sterne-Vollpension vor Ort "Schlemmermenüs bis zum Abwinken". Zugleich könnten die Journalisten ihre amtlichen Tagessätze für Auslandsreisen beim Finanzamt steuerlich geltend machen. "Für jeden Tag im Oman gab es beispielsweise 2014 immerhin 48 Euro. (...) So lernte ich denn irgendwann, wie die geschicktesten und skrupellosesten Alpha-Journalisten der Leitmedien ganz nebenbei ihre Häuschen in der Toscana finanzierten." Manchmal ist es wirklich schwer, nicht Satire zu schreiben: Schreibe, raffe, Spesen klauen, Steuern sparen, Häusle bauen ...

Es finden sich vielfach solche aufgebauchten Übertreibungssätze im Bildzeitungsstil wie: "Bild-Journalismus ist Kanonenfutter für die Rendite" oder: "Während da draußen langsam, aber sicher alles vermodert und zusammenbricht, präsentieren uns 'Qualitätsmedien' Tag für Tag mit Durchhalteparolen die Illusion von Stabilität, Wohlstand und finanzieller Sicherheit." Oder: Das nachträgliche "Autorisieren" von Interviews bringt Ulfkotte mit dem nordkoreanischen Staatsfernsehen in Verbindung.

Die vielen Wiederholungen, Nebensächlichkeiten und Längen des Geschichtenerzählers Ulfkotte blähen das Buch auf 300 Seiten auf. Für die wesentlichen Aussagen hätten 150 Seiten allemal gereicht.

Beispiele für "gekaufte Journalisten"

Journalisten haben in den letzten Jahren mehrfach die Luxusreisen von Versicherungskonzernen für Spitzenverkäufer enthüllt. Doch war die Breite der Skandalisierungen angemessen? Schwerer wogen die Lust-Reisen für Betriebsräte des VW-Konzerns. Denn das waren echte Bestechungsversuche, um Betriebsräte zu schmieren - zum Schaden für die VW-Belegschaft. Damit vergleichbar sind die zahlreichen Luxusreisen von Journalisten, die anschließend ein Millionenpublikum von Lesern mit ihren geschönten Berichten im Sinne der Reise-Finanziers belügen. Von diesen Skandalen las man kaum etwas in den Medien, jedenfalls nichts Enthüllendes. Ob das Vertuschen der sonst so skandalisierungsfreudigen Medien etwas damit zu tun

hat, daß die Journalisten zum großen Teil bestechlich sind? Dazu später mehr.

Ulfkotte kommt das Verdienst zu, an vielen Beispielen die Käuflichkeit von Journalisten aufgezeigt zu haben - aus eigenen Erfahrungen, aber auch durch Recherche:

In den 80er Jahre 'kauften' südafrikanische Bergbau- und Touristik-Unternehmen bei der FAZ geschönte Berichte über das damalige Apartheidsregime, indem sie mehreren FAZ-Journalisten eine Luxusreise nach Südafrika anboten. Die Reporter wurden mit Privatflugzeugen durchs Land geflogen, um in Berichten und Filmen die Zustände im damaligen Rassenstaat aufzuhübschen.

1996 finanzierte der Shell-Konzern für den FAZ-Reporter Ulfkotte und einen Kollegen von der Süddeutschen Zeitung eine luxuriöse Recherchereise einschließlich eines Hubschraubers in das Ölfördergebiet im Niger-Delta. Anschließend publiziert die FAZ auftragsgemäß den Artikel: "Die Legende von der Umweltkatastrophe am Niger". Selbstverständlich vertuschte Ulfkotte in seinem Artikel, daß Shell der Auftraggeber, Finanzier und Nutznießer dieses Beitrags war. Das Kölner Landgericht bestätigte später den Vorwurf eines anderen Journalisten, daß Ulfkotte von Shell "geschmiert" worden sei und seine Zeitung sich für Shell prostituiert habe.

Vom Diktator Quabus aus dem ölreichen Sultanat Oman haben sich Ulfkotte und andere FAZ-Journalisten oft und gerne zu Luxusreisen einladen lassen. Sie wurden vor Ort mit Geschenken wie chauffierter Luxuslimousine oder Tauchkursen überhäuft. Dadurch schlüpfen die Reporter in die Rolle von Hofberichterstatlern, die die Augen vor den Polizeistaatsmethoden des Diktators verschlossen. Statt dessen erzählten sie Märchen über den brutalen Diktator als "Stimme des Ausgleichs und der Vernunft".

Ulfkotte betont, daß diese Beispiele für viele andere Länder, Konzerne sowie Journalisten anderer deutscher Leitmedien gelten würden. Die Auftraggeber rechneten so: Der 'Kauf' eines redaktionellen Berichtes sei letztlich billiger und glaubwürdiger als Anzeigen in den großen Leitmedien: Im Juli 2012 wurde der FAZ-Reporter Sturbeck mit dem Firmenjet von Thyssen-Krupp nach München und von dort mit der Lufthansa in der *First Class* für fünf Tage nach Peking geflogen und dort ebenso *First Class* untergebracht. Für die Premium-Reise lieferte der FAZ-Journalist einen Premium-Artikel zugunsten des Thyssen-Krupp-Konzerns ab.

Über diese journalistische *First-Class*-Reklamereise mit dem Zweck, anschließend die Öffentlichkeit hinters Licht zu führen, mokierten sich zwar einige Zeitungen. Diese marginale Journalistenkritik stand aber in keinem Vergleich zu dem moralischen Entrüstungsturm, den fast alle deutschen Medienhäuser über das privat finanzierte Upgrade der Indien-Flugreise des Limburger Bischofs entfachten. Dabei hat diese Premium-Reise keinem geschadet, während das *First-Class*-Ticket von Thyssen ein echtes Bestechungsgeld war, mit dem ein Journalist gekauft und die Öffentlichkeit belogen wurde. Es zeigt die Komplizenschaft der Pressezunft, wenn eine solche Verletzung fundamentaler Prinzipien des Journalismus keinen Entrüstungsturm hervorruft.

Die Tabakindustrie kauft sich Journalisten durch Preisverleihungen. Die deutsche Reemstma-Gruppe verleiht jährlich den mit 15.000 Euro dotierten "Liberty"-Preis für "mutige Journalisten, die dem täglichen Kampf für die Freiheit eine Stimme geben". Die Journalisten Konrad Schuller (FAZ) oder Thomas Roth (ZDF) ließen sich dafür kaufen, nie mehr ihre Stimme gegen Tabak und Tabakwerbung zu erheben.

VW war Sponsor der Olympischen Spiele in Peking. Damit dieser Einsatz genügend gewürdigt würde, lud der Autokonzern damals dreißig ausgewählte Autojournalisten aller großen deutschen Zeitungen für vier Tage nach Peking ein - für etwa 25.000 Euro pro Person. "Medienlandschaftspflege" heißen solche Geschäftsausgaben bei Großkonzernen: Samsung hatte zahlreiche Journalisten für die Olympischen Spiele in London bezahlt - gegen Gefälligkeitsberichte natürlich. Bei Funkausstellungen, Hannovermesse und anderen Großereignissen ist

ebenso ein Heer von bezahlten Reportern anwesend, die für ihre Auftraggeber redaktionell schmeicheln.

Die Autoindustrie spricht ganz offen vom Einkauf journalistisch positiver Berichte. Dafür gehen die Autokonzerne bei Präsentation nach der Formel vor: "Super Destination, super Hotels, super Service, super Geschenke" - so der frühere Marketingchef von Mazda. Die exotischen Präsentationsorte für neue Modelle sind nur wegen der Journalisten gewählt. Denn: "Je attraktiver der Vorstellungsort, desto besser die Presse." Die Rechnung des Marketingchefs wörtlich: "Ein Journalist kostet bei unseren Events durchschnittlich drei- bis fünftausend Euro. Er bringt aber einen Gegenwert von mindestens 15.000 Euro." Wahrscheinlich war der Moderator der BBC-Autoshow "Top gear", Jeremy Clarkson, der letzte unabhängige Autojournalist. Ihm wurde kürzlich wegen politischer Unkorrektheiten gekündigt.

Von den 85.000 etwa gleichviel festangestellten wie freien Journalisten im deutschsprachigen Raum nehmen rund 73.000 Presserabatte in Anspruch. Ein großes deutsches Journalistenportal wirbt mit bis zu 50 Prozent Rabatt für 1.700 Produkte wie Flugtickets, Fitneßgeräte, Kaffeeautomaten bis zu Gleitgel; "weitere 10.000 Kollegentipps zu allen Pressebedingungen". Presserabatte sind Zuwendungen von geldwerten Geschenken an Journalisten, also Bestechung. Aus diesen Daten und von anderen Studien kommt Ulfkotte zu dem Ergebnis:

Zwei Drittel bis drei Viertel aller Journalisten sind bestechlich und lassen sich kaufen. Tatsächlich gibt es PR-Agenturen, die ganz offen mit dem Slogan werben: "Kauf Dir einen Journalisten!" Die Berufsethik der Journalisten, die ehemals stolz auf ihre Unabhängigkeit und Unbestechlichkeit waren, scheint nicht mehr zu greifen. Und die gegenseitige Kontrolle durch journalistische Enthüllung der Bestechlichkeit auch nicht.

Druck auf Journalisten von politischer Seite

Ulfkotte berichtet von verschiedenen Fällen, in denen Politiker oder hohe Staatsbeamte sanften Druck auf Journalisten ausüben: Die Ressortleiter für Wirtschaftsförderung in den deutschen Auslandsbotschaften fordern von deutschen Korrespondenten, positiv über diesen und jenen Wirtschaftsbereich zu schreiben, der für deutsche Firmen profitabel sei. Ulfkotte berichtet davon, daß er im Iran, arabischen und afrikanischen Ländern vom deutschen Botschaftspersonal aufgefordert wurde, Gefälligkeitsinterviews mit Politikern oder Wirtschaftsgrößen jener Länder zu führen. Ulfkotte, ein Spezialist für den nachrichtendienstlichen Bereich, machte auch Erfahrungen damit, von den Militärattachés der deutschen Botschaften mit geheimdienstlichen Hinweisen, Materialien und teilweise direkten Aufforderungen journalistisch gelenkt zu werden.

Wirklich massiven Druck übten Politiker auf den Journalisten Winfried Münster von der Süddeutschen Zeitung aus. Als sich der Korrespondent in Brüssel Ende der 80er Jahre kritisch und standhaft gegen die Einführung der Währungsunion aussprach, wurde er vom deutschen Botschafter in Brüssel als "Ratte" beschimpft: Er würde das politische Klima vergiften. Der damalige Außenminister und sogar Bundeskanzler Kohl versuchten auf den Journalisten einzuwirken, seine "destruktive" Haltung gegenüber dem Euro aufzugeben.

Wichtig ist bei dieser Gelegenheit daran zu erinnern, daß der Euro und andere Europa-Ideen Initiativen der europäischen Eliten waren. Der Euro geht nach Übereinstimmung von linken und konservativen Medien auf den Elitenzirkel der Bilderberger zurück. Die herrschenden Politiker versuchen zusammen mit der Brüsseler Bürokratie ihre Projekte von oben nach unten durchzudrücken - eine Variation des 'demokratischen Zentralismus' in den sozialistischen Ländern. Bei dieser Top-down-Strategie stören kritische Journalisten. Vom Standpunkt der Demokratie jedoch war und ist die kritische Presse die einzige Instanz, die gegenüber den Elitenzirkeln von Brüssel sowohl Kontrollfunktion hat als auch eine demokratische Brücke zur Basis vermitteln kann.

Geschmierter Journalismus durch Einbindung in Eliten-Netzwerke

Die Verflechtung von sogenannten Alpha-Journalisten der deutschen Qualitätsmedien mit elitären Machtzirkeln wirtschaftlicher, politischer und militärischer Ausrichtung ist der zweite große Themenkomplex, den Ulfkotte vorstellt. Dabei kann er sich neben seiner Journalistenerfahrung auf verschiedenen Forschungsstudien stützen.

Eine Bachelor-Arbeit fördert eklatante Ergebnisse zutage. Untersucht wurden in 80 Artikeln der FAZ von 2000 bis 2012 Adjektive und Adverbien, mit denen Person und Politik von Obama und Putin bewertet werden. Bei Putin verwenden die FAZ-Schreiber nur negative Bewertungen wie: drohend, rau, angriffslustig, konfrontativ, antiwestlich, machtpolitisch, wahrheitswidrig, kühl, kalkuliert, berechnende, zynisch, harsch, barsch, nicht stichhaltig, nicht glaubwürdig etc. Ganz anders der Ton gegenüber Obama: engagiert, begeistert, konzilient, gelobt, frenetisch begrüßt, hoffnungsvoll und entschlossen.

Resultat: Unabhängig, unparteiisch und objektiv ist die außenpolitische Berichterstattung der renommierten FAZ offensichtlich nicht mehr. Den Lesern werden überdeutlich Urteile über die beiden Weltmachtlenker vorgegeben und aufgedrückt. Eine andere Hochschularbeit bestätigte die "tendenziöse Attributisierung in deutschen Printmedien". Woher kommt das nur, daß die FAZ, die ehemals im Ruf von Nüchternheit und vornehmer Zurückhaltung stand, sich so bedingungslos auf die eine Seite schlägt und gegen die andere polemisiert, fragt Ulfkotte.

Einen Gipfel an penetranter Lobhudelei lieferte 2003 der Washingtoner FAZ-Korrespondenten Matthias Rüb - und zwar auf Obamas Vorgänger George W. Bush. Das war kurz vor dem Irak-Krieg. Der Präsident sei ein "Ausbund an Bescheidenheit und Volksverbundenheit". Seine "Portion missionarischen Eifers" werde durch "staatsmännische Besonnenheit abgefedert". Auf seinen "politischen Instinkt, seine Klugheit und seinen Mutterwitz" könne sich das "politische Naturtalent" verlassen. Darauf muß man erst mal kommen, die (außen-)politische Ahnungslosigkeit von Bush jun. als 'naturtalentiert' zu bezeichnen. Rüb bekam ein Jahr später den Arthur-F.-Burns-Preis verliehen, überreicht durch den deutschen Außenminister.

Der Medienwissenschaftler Uwe Krüger hat in einer ambitionierten Studie bei führenden Journalisten von vier renommierten deutschen Zeitungen die Korrelationen untersucht, inwieweit sich deren Verflechtungen in elitären transatlantischen Netzwerken auf ihre Berichterstattung auswirken. Bei 83 relevante Artikel der Journalisten Joffe (Die Zeit), Frankenberger (FAZ), Kornelius (SZ) und Stürmer (Welt) stellte Krüger fest, daß deren Mehrfachmitgliedschaften in US-beherrschten und NATO-nahen Elitezirkeln ihre Berichte signifikant beeinflussten. Auf diese und andere medienwissenschaftliche Studien stützt sich Ulfkotte.

Die Vernetzung dieser Journalisten mit zwölf transatlantischen Denkfabriken war Thema der ZDF-Sendung "Die Anstalt" vom 29.4.2014. Das Ergebnis faßte ein Akteur so zusammen: "Dann sind ja alle diese Zeitungen nur so was wie die Lokalausgaben der NATO-Pressestelle." Die betroffenen Zeitungen beschwerten sich anschließend über die Satire-Sendung, teilweise mit Unterlassungserklärungen. Ihr Ansinnen: Satire darf alles - aber nicht über die geheimen Netzwerke der Alpha-Journalisten aufklären.

Bei der "Atlantik-Brücke" ist der Name Programm: ein transatlantisches Netzwerk der Eliten. Der Verein mit angeschlossener Stiftung ist gegliedert nach Fach- und Regionalgruppen. Die Mitglieder sind zu etwa je einem Drittel führende Finanz- und Wirtschaftsleute, Politiker und Journalisten. CDU-Mann Walter Leisler Kiep war Vorsitzender, seit 2010 Friedrich Merz, Stellvertretung Edelgard Buhlmann (SPD). Mitglieder sind Jürgen Fitschen, Deutsche Bank, Wolfgang Ischinger, Allianz, Eckart von Klaeden, Daimler AG und andere Führer der Deutschland AG. Aus dem Medienbereich kommen die schon mehrfach genannten Journalisten Frankenberger, Kornelius und Joffe, dazu Claus Kleber, Kai Diekmann (Bild), Theo Koll u.a.

Das Interesse von deutscher Seite an dem Elitenzirkel wurde von dem früheren Vorsitzenden,

Arnd Oetker, so formuliert: "Die USA wird von 200 Familien regiert und zu denen wollen wir gute Kontakte haben." Die Atlantikbrücke vergibt jährlich den *Vernon-A.-Walters-Award* vorwiegend an deutsche Finanz- und Wirtschaftsführer. Der Namensgeber der Auszeichnung hat wohl auch programmatischen Charakter:

Der CIA-Leiter war an allen weltweiten Geheimdienstaktionen der USA in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts beteiligt - vom Sturz des Iran-Präsidenten 1953 bis zum Militärputsch in Chile 1973. Den Vietnamkrieg nannte Walters den "nobelsten und selbstlosesten Krieg" der USA. Letztlich geht es bei dem "deutsch-amerikanischen Austausch" darum, daß die deutsche Seite in die weltweite Dominanz-Strategie der USA in politischer und militärischer Hinsicht im Rahmen der US-geführten NATO eingebunden wird.

Den Amerikanern ist sehr daran gelegen, daß die Top-Journalisten in diesem Sinne über die Medien die deutsche Bevölkerung dirigieren. In Amerika selbst ist es nicht erlaubt, daß Journalisten in den Clubs und Zirkeln Mitglied sein dürfen, über die sie schreiben. In Deutschland dagegen schreiben die Alpha-Journalisten kritiklos über die elitären Zirkel, in denen sie Mitglieder sind, ohne ihre Mitgliedschaft den Lesern transparent zu machen.

Neben der Atlantik-Brücke bestehen zahlreiche ähnliche deutsch-amerikanische Elitenzirkel und Stiftungen wie die Trilaterale Kommission, Aspen Institut Deutschland, International Institute for Strategic Studies, Goldman Sachs Foundation, Münchener Sicherheitskonferenz, Bilderberg, American Council of Germany, German Marshall Fund u.a. Alle diese Organisationen betreiben Young-Leader-Programme, um junge deutsche Nachwuchskräfte aus Politik, Wirtschaft und Medien auf die amerikanische Interessensicht der Dinge einzuschienen. Bei entsprechenden Seminaren, Akademie-Einladungen und USA-Aufenthalten werden die young leader in diesem Sinne mit Geld, Geschenken und Ausflügen umschmeichelt sowie mit ideologischer Indoktrination in die Spur gebracht.

Später werden die Journalisten mit Hintergrundinformationen, exklusiven Kontakten und hochrangigen Interviewpartnern geködert. Und dieser amerikanische Einsatz zum Kauf deutschen Journalisten lohnt sich:

Nicolas Busse, heute stellvertretender Leiter im Ressort Außenpolitik der FAZ-Zentrale, leistete 2003 kurz vor dem Irak-Krieg einen Nibelungen-Treueid auf die Politik der damaligen amerikanischen Regierung. Busse hatte mit anderen in einer Anzeige der Atlantik-Brücke einen Treueschwur unterzeichnet, in dem er seinen Willen verkündete, in Verbundenheit mit den USA die gemeinschaftlichen Werte zu "verteidigen".

Mit diesen Werten waren anscheinend die Macht- und Rohstoffinteressen der USA gemeint sowie deren Dominanz-Strategie einschließlich völkerrechtswidriger Kriege, Folterungen, Drohnen-Hinrichtungen, Überwachung von Freund und Feind etc. Für den Journalisten Busse hat sich der Treueschwur an die USA gelohnt: Er wurde von seiner Zeitung vier Jahre später als NATO-Korrespondent nach Brüssel geschickt, um die FAZ als Lokalausgabe der NATO-Pressestelle zu simulieren.

Für junge Politiker lohnt es sich allemal, in außen- und sicherheitspolitische Eliteorganisationen eingebunden zu sein. Die transatlantischen Seilschaften sind der politischen Karriere sehr förderlich. Karl-Theodor zu Guttenberg etwa verdankt seinen kometenhaften Aufstieg den Förderern und Freunden der transatlantischen Lobby-Organisation Atlantik-Brücke, insbesondere auch seinem Brücken-Freund Kai Dickmann, Chef der Bild-Zeitung.

In die Elitenzirkel eingebetteter Journalismus

Wenn die Journalisten im Rahmen ihrer transatlantischen Mitgliedschaften einbezogen werden in vertrauliche Politikplanungsprozesse, stehen sie schon im Konsens mit den politisch-militärischen Eliten und übernehmen deren Perspektiven und Wertungen. Je näher die Zeitungsleute den Machthabern und Entscheidern kommen, desto mehr büßen sie ihren Standpunkt der Unabhängigkeit, Kritik und Kontrolle ein.

Als integrierte Teilnehmer der transatlantischen Eliten-Zirkel können sie gar nicht mehr ihrer eigentlichen Aufgabe nachkommen, kritische Anwälte der Öffentlichkeit zu sein gegenüber den Macht-Eliten. Die transatlantischen Organisationen fungieren als Instrumente des *embedded journalism*. Die wichtigen Leitmedien in Deutschland sind US-nah gleichgeschaltet.

Der FAZ-Journalist Frankenberger, Ressort-Leiter Außenpolitik, ist Mitglied der 'Trilateralen Kommission'. Dort sitzt er neben dem Milliardär David Rockefeller, dem Bilderberger Mario Monti, EZB-Expräsident Jean-Claude Trichet, Deutsche-Bank-Chef Fitschen, Ex-US-Geheimdienstchef Negroponte und dem früheren amerikanischen Verteidigungsminister John Deutch. Ist diese konspirativ wirkende Lobby-Organisation der Wirtschaftselite der richtige Platz für einen Journalisten, der nach bisherigem Verständnis die Kontrollfunktion der Medien repräsentieren soll? Ulfkotte hat einen Frankenberger-Artikel aus dem Archiv ausgegraben, der mit den Worten beginnt:

"Vor dreißig Jahren hatte David Rockefeller eine gute Idee, ein Forum zu schaffen...Die Trilaterale Kommission war die Antwort des New Yorker Bankiers, Mäzens ...". Soso, der gute Milliardär Rockefeller hatte eine gute Idee, einen Ableger der Bilderberger zu gründen. Selbstverständlich verschwieg Frankenberger in dem Artikel, daß er Mitglied in diesem sauberen Zirkel ist und zwar in der Funktion, deren Ideen über seine Zeitung in die Öffentlichkeit zu tragen.

Schon vor einiger Zeit berichteten verschiedene Medien, daß kremlnahe Agenturen jungen Leuten in Rußland Geld und Gratis-Essen anböten, wenn sie im Internet regelmäßig Kommentare im Sinne des Kremls schrieben. Das ist natürlich ein Skandal, wenn die öffentliche Meinung auf diese Weise manipuliert wird. Bei uns in Deutschland kommen solche Manipulationen nicht vor - jedenfalls nicht auf diese billige Tour ...

Die mediale Konstruktion der Wirklichkeit

Elisabeth Noelle-Neumann sagte vor etwa 20 Jahren anlässlich eines Redaktionsbesuches der FAZ: "Was Sie heute in den Köpfen der Menschen finden, das ist oft gar nicht mehr die Realität, sondern eine von den Medien konstruierte Wirklichkeit." Das geschieht durch die systematische Beeinflussung und Steuerung der Massen durch eine kleine Minderheit der Journalisten. Die Gründerin des Umfrage-Instituts Allensbach benannte die Folge eine "Schweigespирale", wenn das Fernsehen ständig Minderheitenmeinungen als Mehrheitsmeinungen darstellt.

Die Bürger präsentieren den Journalisten dafür die Rechnung, indem zwei Drittel der Befragten den Medienleuten mangelnde Objektivität und Glaubwürdigkeit bescheinigen. Die Journalisten werden nicht mehr als ehrliche Makler zwischen Politik, Wirtschaft und Weltgeschehen einerseits und den Bürgern andererseits angesehen. Denn das sind sie nicht. Viele von ihnen sind "gekaufte Journalisten".<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 17. Oktober 2015 (x892/...): >>**Familie zwischen Gender-Ideologie und IS-Terror**

"Was Faschismus und Kommunismus im zwanzigsten Jahrhundert waren, sind westliche Ideologien in Bezug auf Homosexuelle oder Abtreibung und islamischer Terror heute". Dieser Satz stammt von S. Em. Robert Kardinal Sarah bei der derzeitigen Bischofssynode in Rom. In eindeutigen, klaren Worten, die keine Rätsel aufgeben, wie dies bei Worten des Papstes und unserer völlig verweltlichten deutschen Bischöfen der Fall ist, hat der afrikanische Kardinal Ehe und Familie gegen alle Angriffe verteidigt. Kardinal Sarah ist Präfekt der Kongregation für die Sakramentenordnung und einer der einflußreichsten afrikanischen Kardinäle in Rom.

In seiner Rede sagte der Afrikaner weiter: "Eine theologische Unterscheidung befähigt uns, in unserer Zeit zwei unerwartete Bedrohungen zu sehen (fast wie zwei "apokalyptische Tiere"), die auf einander entgegengesetzten Polen anzusiedeln sind: auf der einen Seite die Idolatrie der westlichen Freiheit; auf der anderen Seite der islamische Fundamentalismus: atheistischer

Säkularismus kontra religiöser Fanatismus. Um ein Schlagwort zu benutzen: wir befinden uns zwischen 'Gender-Ideologie und ISIS'.

Der Kardinal führt aus, daß diese beiden Hauptideologien die Ehe und Familie frontal angreifen, daß sie das Wesen des Menschen, die Menschlichkeit des Menschen vernichten wollen. Die Hauptbedrohungen für die Familien sind "ihre subjektivistische Zersetzung im säkularisierten Westen durch schnelle und einfache Ehescheidung, Abtreibung, homosexuelle Verbindungen, Euthanasie etc. Auf der anderen Seite die Pseudo-Familie des ideologisierten Islam, der Polygamie, der Unterwürfigkeit der Frau, Zwangsprostitution, Kinderehe etc."

Wir vermuten, daß diese Rede den deutschen Bischöfen, die an der Synode teilnehmen und deren Denken schon seit langem durch die "subjektivistische Ideologie des Westens" zersetzt ist, aber auch dem Papst wohl nicht gefallen hat.<<

Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 27. Oktober 2015 (x893/...): >>Das Werden des Heiligen Römischen Reiches - Wie das römische Kaisertum zu den Deutschen kam

Thomas Jentzsch: "Das Werden des Heiligen Römischen Reiches"

Buchbesprechung von Wolfram Schrems

Mit größtem Interesse nimmt man den publizistischen Beitrag eines Angehörigen der Priesterbruderschaft St. Pius X. auf dem Gebiet der Geschichtsdarstellung zur Kenntnis. In einer Zeit praktisch völlig gleichgeschalteter Geschichtsschreibung und -vermittlung ist eine selbstbewußte katholische Alternative sehr erfrischend. Der Sarto-Verlag brachte im vergangenen Jahr eine Neuauflage des zuerst 2006 erschienenen Buches heraus.

Das Buch: Glaube und Geschichte

P. Jentzsch zeichnet in großer Materialfülle den Weg der reichsbildenden Franken und Sachsen vom Untergang des Alten Roms bis zum Tod Ottos des Großen (973) nach. Dabei fügt er theologische Überlegungen und ausführliche Einzelbiographien ein.

Von besonderer Wichtigkeit ist die Darstellung der Rolle herausragender Persönlichkeiten, die durch ihren Entschluß, Gott zu dienen, im Guten geschichtsmächtig und kulturbildend geworden sind:

Genannt seien die hl. Frankenkönigin Clothilde, der hl. Angelnkönig Oswald, der hl. Klostergründer Severin und die iro-schottischen Missionare Kolumban (gestorben 615 in Bobbio, Piacenza), Fintan (Schweiz), Kilian, Kolonat und Totnan (Würzburg). Für den deutschen Raum besonders wichtig ist der hl. Bonifatius (Winfrith), der "Apostel der Deutschen": "Wie Papst Gregor I. den Benediktinerabt Augustinus nach England entsandte, so sandte über hundert Jahre später Papst Gregor II. den Engländer und Benediktiner Bonifatius nach Deutschland, das eine reife Frucht der Missionsarbeit werden sollte.

So wie die römischen Kaiser ihre Legionen ausgesandt hatten den Erdkreis zu bezwingen, so sandte jetzt der Hirte der ganzen Kirche die Glaubensboten aus die Völker Christus und seiner Kirche einzugliedern".

Heiligkeit als Fundament der Kultur

Die weltliche Führung fühlte sich in jener Zeit den Geboten des Glaubens verpflichtet. Freilich verwirklichte nicht jeder einzelne Kaiser, Fürst und Heerführer persönliche Heiligkeit. Familienfehden, Bruderkämpfe und Kriege aller Art illustrieren die katholische Überzeugung von der Erbsünde und ihren oft nur schwer zu überwindenden Nachwirkungen. Paradiesische Zustände gab es in jener Zeit ("Mittelalter") klarerweise nicht - andererseits auch keine für das 20. Jahrhundert so typischen Genozide, Gulags und KZs.

Bei aller Unvollkommenheit wird man also guten Willen in der Lenkung der Völker feststellen und die pauschale Verunglimpfung des christlichen "Mittelalters" abstellen müssen.

Über eine der zentralen Gestalten der Epoche, Karl den Großen, schreibt P. Jentzsch etwa:

"Es ist kein Zweifel, daß Karl aus echter Verantwortung handelte und daß ihm die Ausbrei-

tung christlichen Glaubens und christlicher Gesittung ebenso sehr am Herzen lag wie die Ausweitung seiner politischen Macht".

Auch in Bezug auf die Kirchenhierarchie muß man sich gegen jede Verleumdung stellen: Das Papsttum wurde in der hier behandelten Epoche von vielen heiligen Amtsträgern ausgeübt, von denen Gregor der Große (590-604) der prominenteste ist.

Unbestritten ist allerdings auch, daß es ab dem 9. Jahrhundert zu einer tiefen Krise des Petrusamtes kam (*saeculum obscurum*, das "dunkle Jahrhundert", von 882 bis 1046 angesetzt).

Der Konkurrenzkampf zwischen geistlicher und weltlicher Macht wird daher von Jentsch als desaströs eingestuft:

"Beide Gewalten (geistliche und weltliche), beide 'Schwerter', wie das Hochmittelalter es nannte, mußten an Autorität und Macht verlieren, sobald die aufeinander bezogene Zweiheit der unterschiedlichen Herrschaften (Dyarchie) in ein Ringen um die praktische Überordnung einer über die andere sich hineinsteigerte, anstatt sich in die von Christus jeweils gesetzten Grenzen hineinzufügen".

Otto der Große als paradigmatische Gestalt

Otto wird als besonders vorbildliche und richtungsweisende Gestalt dargestellt. Kirche und Kaisertum gelangten in ihm zu einer geschichtsmächtigen fruchtbaren Kooperation:

"Durch die Kaiserkrönung des deutschen Königs (Otto der Große) durch den Papst wird eben diesbezüglich vor aller Welt offensichtlich und unwiderlegbar kundgemacht, daß aus den beiden legitimen Nachfolgestaaten des Fränkischen Reiches, dem Westfränkisch-Französischen Reich und dem Ostfränkisch-Deutschen Reich der deutsche König als der geeignetste und überragende Kandidat erwählt wurde und somit das Deutsche Reich Träger des Kaisertums und des Imperiums geworden war (...)

Kaisersalbung und Krönung waren für ihn als den Gründer des deutschen Kaisertums nicht Mittel zum Zweck, wie er es im Prozeß des Erwerbes der Krone auch bewiesen hat, sondern eine heilige Weihe, die ihm eine gleichsam (quasi-)sakramentale Teilhabe am Priestertum der Kirche verlieh".

Kirche und Reich - Fundament der Zivilisation

Jentsch gelangt zu einer differenzierten Beurteilung der gegenseitigen Beziehungen von Papst und Kaiser im Spannungsfeld der Forderungen des Glaubens, wobei sowohl dem erneuerten Mönchtum von Cluny als auch verantwortungsbewußten Fürsten eine wichtige Rolle zukam:

"Wenn auch durch das klärende Reformwerk von Cluny im Wiederherstellen der von Christus gesetzten Freiheit der Kirche die Mitbestimmung der Kaiser bei der Papstwahl auf der Lateransynode 1059 durch die Einsetzung des Kardinalrates als einziges wahlberechtigtes Gremium der Papstwahl ausgeschaltet wurde, so bleibt es dennoch das historische Verdienst der deutschen Kaiser Otto I., Otto II., Otto III. und Heinrich III., daß sie durch die Auswahl und Bestimmung geeigneter Päpste gerade dem Reformwerk 'auf die Sprünge halfen', es unterstützten und installierten, wenn sich auch tragischerweise dieses verantwortungsbewußte Handeln im klärenden Investiturstreit gegen sie wandte. Die deutschen Kaiser haben dies mit bestem Wissen und Gewissen gehandhabt (...). Den Verfall des Papsttums konnten sie so betrachtet nicht zulassen. Herrschaft war nicht Selbstzweck, sondern nur gerechtfertigt als Dienst an der von Gott eingesetzten Ordnung".

Schließlich noch ein Blick auf eine der geschichtsmächtigsten Gestalten Europas und der Welt überhaupt:

Der hl. Benedikt und seine Schüler

Relevant ist dieses Buch, wie gesagt, vor allem deswegen, weil die zentrale Rolle der Katholischen Kirche in der Herausbildung unserer Kultur ausführlich dargestellt wird. Es war zudem der Glaube an Christus, der unzählige Menschen motiviert hat, in einem opferreichen

Mönchsleben in der Nachfolge des hl. Benedikt von Nursia (480-547) die geistigen und materiellen, kulturellen und wirtschaftlichen Grundlagen der europäischen Zivilisation zu legen. Jentsch behandelt die Geschichte des Benediktinischen Mönchtums, das durch ungeheuren Einsatzwillen und eine in der Antike unbekannte Hochschätzung der körperlichen Arbeit gewaltige Werte geschaffen hat. Das Motto *Ora et labora* orientiert sich übrigens an einer Weisung des Apostels: "Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen" (2 Thessalonicher 3, 10).

Gleichzeitig wurden die Klöster zu Zentren des gesellschaftlichen Zusammenhaltes im Zeichen des gemeinsamen Glaubens an den, der von sich gesagt hat, die Wahrheit in Person zu sein.

Resümee: Das religiöse Fundament Europas - Grund zu katholischem Selbstbewußtsein
Das Buch ist Zeugnis für ein gesundes katholisches Selbstbewußtsein. Es zeigt, aus welcher Motivation die europäische Zivilisation geschaffen wurde. Und diese Zivilisation ist so gut, daß sogar noch die letzten Reste und Trümmer dermaßen stark ausstrahlen, daß die halbe Welt, ohne einen eigenen Beitrag leisten zu wollen, daran partizipieren will ("Asyl").

In den ausführlichen kulturhistorischen Darstellungen zeigt Jentsch auch, wie mühsam die Umsetzung des christlichen Glaubens und seiner Gebote in das reale und besonders politische Leben hinein ist. Es brauchte Generationen, bis die humanisierenden Auswirkungen des Evangeliums zu greifen begannen, d.h., bis eine unmäßige Strafjustiz, Duelle, Rauflust, sexuelle Ausschweifungen, Ausbeutung von Untergebenen und dergleichen im gesellschaftlichen Maßstab zurückgedrängt werden konnten.

Mit Entsetzen muß man feststellen, daß das alles in Zeiten eines präzedenzlosen Glaubensabfalls, nicht zuletzt aufgrund des pastoralen Versagens der kirchlichen Hierarchie der letzten Jahrzehnte, in geradezu monströsem Ausmaß zurückkommt. -

Das Buch ist mit 266 dichtbedruckten Seiten sehr umfangreich. Einige gut ausgewählte Bilder illustrieren das Gesagte auf prägnante Weise. Ein geistlicher Epilog des Autors, sechs Stammtafeln, zwei Zeittafeln und eine sechsunddreißig Titel umfassende Literaturliste mit teilweise schon älterer (und daher nicht dem gegenwärtigen Konformitätsdruck unterworfenen) Literatur runden das Werk auf passende Weise ab.

Kritisch anmerken muß man, daß der Autor an etlichen Stellen zu viel auf einmal sagen wollte. Dann wird der ansonsten gut lesbare Text allzu dicht. Leider gibt es auch Kritikwürdiges im Formalen: Die zahlreichen Verschreibungen, Syntax- und Interpunktionsfehler und Wiederholungen wären für eine - wünschenswerte - überarbeitete und (etwas geraffte) Neuauflage zu beseitigen.

In einer Zeit, in der bezüglich der Entstehung unserer ganzen Zivilisation das Evidenteste übersehen oder verdrängt wird, nämlich, daß unsere Zivilisation auf dem Christentum ruht und nur von daher Leben und Form bewahren kann, ist eine derartige Publikation aber so und anders von großem Wert.

P. Thomas Jentsch, *Das Werden des Heiligen Römischen Reiches - Wie das römische Kaisertum zu den Deutschen kam*, Sarto, Bobingen, 2. Auflage 2014, 266 S.

Wolfram Schrems, Linz und Wien, katholischer Theologe, Philosoph, kirchlich gesendeter Katechist<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 19. Februar 2016 (x892/...): >>Die Gnosis, der Gutmensch und die derzeitige Politik

Das Wesen des gnostischen Denkens besteht in der Verdrängung der Unterscheidung zwischen "wahr" und "falsch" durch die starre und gedankenlose Gegenüberstellung von "gut" und "böse", "Hellddeutschland" und "Dunkeldeutschland" beziehungsweise "halal" und "haram" oder auch "erneuerbar" und "fossil".

Es kommt dem Gnostiker nicht darauf an, ob und inwieweit etwas wahr ist, sondern daß es als

gut gilt. Nach Eric Voegelin, der den Begriff "politische Religion" geprägt hat, zeichnet sich der Gnostiker durch sechs Merkmale aus. Er ist erstens unzufrieden mit seiner Lage. Er hält zweitens die Welt für schlecht, den Menschen an sich aber für gut. Er glaubt drittens an die Möglichkeit innerweltlicher Erlösung und viertens an die Veränderbarkeit der natürlichen Seinsordnung im historischen Prozeß des Fortschritts. Er muß deshalb die Vergangenheit schlechtmachen. Er glaubt fünftens an die Möglichkeit der Selbsterlösung durch eigene Anstrengung. Schließlich glaubt er sich im Besitz des dafür nötigen Erlösungswissens.

Die beste Übersetzung für den wenig gebräuchlichen Begriff "Gnostiker" ist übrigens "Gutmensch". Insofern haben sich die freiheitsliebenden Menschen nicht geirrt, als sie darin ihren Feind erkannten. Gerade wurde "Gutmensch" zum Unwort des Jahres 2015 erkoren, was das oben gesagte nur bestätigt.

In der Tat finden wir bei den heutigen Gutmenschen alle Attribute der Gnosis beziehungsweise des Manichäismus. Ihre Heilsgewißheit äußert sich in einer eigenartigen Mischung aus Narzißmus, Selbsthaß und Hochmut beziehungsweise Dämlichkeit und Skrupellosigkeit. Der Applaus für Angela Merkels Entscheidung, die zuverlässige, aber "böse" Kernenergie im Hausrück-Verfahren durch die "guten" Zufallsenergien Wind und Sonne zu ersetzen und Deutschland mit jungen männlichen muslimischen Migranten zu fluten, liefern dafür genügend Anschauungsmaterial.

Überzeugt, auf der Seite des "Fortschritts" zu stehen, übersehen die "helldutschen" Gutmenschen, daß sie sich einer archaischen Denkweise bedienen, die Kannibalismus, das heißt Menschenopfer in Form der sozialen Ausgrenzung und Existenzvernichtung von Kritikern oder auch in Form der Versklavung, der Steinigung oder der Tötung von "Ungläubigen" rechtfertigt.

Quelle: Edgar L. Gärtner: *Der Kannibalismus der Gutmenschen. Nur der Totalitarismus braucht kein Feindbild.* In: eigentümlich frei, Nr. 160 (März 2016), S. 42.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 3. März 2016 (x892/...): >>Saarbrücken: Kreuze aus Amtsgericht entfernt

Der Saarbrücker Gerichtspräsident hat alle Kreuze aus den Sitzungssälen des Amtsgerichts entfernen lassen. Seine Begründung für diesen feindlichen Akt gegen Gott ist immerhin sehr ehrlich, ehrlicher als diejenigen CDU-Abgeordneten, die dagegen protestierten. Der Gerichtspräsident Stefan Gelb sagte, daß Kreuz sei auch ein Symbol einer Autorität. Es sei aber nicht diese Autorität, "in deren Namen wir Recht sprechen". Genau darin besteht das Problem des deutschen "Rechtsstaats".

Es gibt keine Autorität in dieser Welt, sei es die der Politiker und Regierenden, sei es die Autorität der Eltern, Lehrer oder Polizeibeamten, die nicht von Gott stammt. Wenn man diese Autorität Gottes bestreitet, dann gibt es keine Autorität mehr. Und genau in dieser Situation befindet sich nicht nur der deutsche Rechtsstaat, sondern die meisten westlichen Länder. Sie herrschen ohne Autorität. An die Stelle der Autorität tritt dann die Gewalt.

Dies hat Immanuel Kant ganz richtig gesehen. Er gründet das gesamte Recht auf Gewalt, da er die Autorität nicht als Quelle des Rechts erkennen kann. Der Rechtsstaat ist eigentlich ein Gewaltstaat. Deshalb fordert der Rechtsstaat für sich auch das "Gewaltmonopol". Niemand anderes als der Staat und seine Organe kann Gewalt ausüben. Dies ist nur verständlich, wenn Gewalt und Autorität voneinander getrennt werden.

Eigentlich beruht die Gewalt auf Autorität. Oft, sogar in den meisten Fällen, erübrigt sich die Anwendung von Gewaltmaßnahmen, wenn eine Autorität akzeptiert wird. Wenn dies aber nicht mehr der Fall ist - und in Deutschland wie auch anderswo wird immer weniger die Autorität des Staates akzeptiert, auch vom Staat selbst nicht mehr gefordert - dann bleibt nur die Gewalt zur Durchsetzung der Gesetze.

Daher sind die Proteste gegen die Maßnahme des atheistischen Gerichtspräsidenten auch

kraftlos. Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion kritisiert die Maßnahme, weil das Kreuz für die christlich-abendländische Kultur der Mitmenschlichkeit und der Nächstenliebe stehe und damit für "Werte", auf denen das Gemeinwesen beruhe.

Erstens ist das Christentum keine Werteethik und außerdem steht das Kreuz für die Erlösung des Menschen aus der Gefangenschaft der Sünde durch unseren Herrn Jesus Christus, der zweiten Personen des Dreieinigen Gottes, der unsere Schuld auf sich genommen und durch seinen Tod gesühnt hat.

Die Krise von Staat und Gesellschaft, die enorme Zunahme von Gewalt und Kriminalität, hat hier ihren tieferen Grund: Das die Autorität Gottes und dadurch die Autorität des Staates durch Gewalt ersetzt wurde, daß Gewalt und Autorität voneinander getrennt wurden.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im März 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 9 (x341/8-10): >>**Feindbild Mutter**

_ von Tino Perlick

Mit ihrem Engagement für die traditionelle Familie verstieß Eva Herman gegen die Genderpolitik. Die Feminismus-Lobby erklärte ihr den Krieg. Um die beliebte "Tagesschau-Sprecherin" zu einer Aussätzigen zu machen, plakatierte sie die Journaille als Nazibraut. Das Berufsverbot bei den GEZ-Medien war die Folge.

Am 9. Oktober 2007 erreichte eine unvergleichliche Hetzjagd in einem Schauprozeß im ZDF ihren medialen Höhepunkt. Nach 50 Minuten öffentlicher Inquisition sprach der gleichnamige Moderator der Sendung Johannes B. Kerner das Urteil: "Es sind ja doch die besonders spannenden Momente", begann Kerner, "wo man sich selbst so ein bißchen Gedanken macht, wie man weitermacht. Und die hab ich mir jetzt gemacht. Und habe mich entschieden, daß ich mit meinen drei Gästen weiterrede und Dich, Eva, jetzt verabschiede."

Zum ersten und bislang einzigen Mal in der Geschichte des Deutschen Fernsehens mußte ein Talkshowgast vorzeitig gehen, weil er nicht öffentlich Abbitte leisten wollte. Die Ausgestoßene: Eva Herman, 57 Jahre alt, laut TNS Emnid einst beliebteste Fernsehmoderatorin Deutschlands.

Noch wenige Monate zuvor schien Herman im inneren Kreis der deutschen Medienlandschaft fest verankert. Seit 1989 war sie als Nachrichtensprecherin das Gesicht der ARD-Tagesschau gewesen. Darüber hinaus servierte sie ab 1999 den deutschen Zuschauern vor allem leichte Kost wie die NDR-Talkshow Herman und Tietjen.

Als sie im selben Jahr, mit Ende 30, einen Sohn auf die Welt brachte, änderte sich für die Powerfrau alles. Herman befaßte sich ausgiebig mit frühkindlicher Bindungsforschung. Ihr Fazit: Nur ein intensiver Mutter-Kind-Kontakt schützt das Kind in seiner Entwicklung dauerhaft. Fremdbetreuung lehnt sie entschieden ab. In einer Gesellschaft, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie über diverse "Kita-Offensiven" quasi erzwingen will, war sie mit dieser Haltung schon eine Außenseiterin.

Angriff der Feministinnen

Die öffentliche Hetzjagd beginnt im Mai 2006: In einem Cicero-Artikel warnt die in vierter Ehe verheiratete Herman junge Frauen aus leidvoller eigener Erfahrung, sich lieber nicht der Doppelbelastung von Familie und Karriere auszusetzen. Die Moderatorin, eine gläubige Christin, verweist auf den "Schöpfungsauftrag" der Frauen. Den 1968 entfesselten Feminismus macht sie unter anderem für die niedrige Geburtenrate verantwortlich, die einmal zum Aussterben der Deutschen führen werde.

Konservativen Frauen wird meist der Mief der 1950er Jahre unterstellt. Herman jedoch wird sofort mit der Nazi-Keule angegangen: Sie bewege sich "zwischen Mutterkreuz und Steinzeitkeule", schimpft Alice Schwarzer im Spiegel. "Wir müssen doch im Jahr 2006 dem Führer kein Kind mehr schenken." Die Emma-Herausgeberin fordert ihre Leser auf, sich bei der Tagesschau zu beschweren. Dort sieht man die Neutralität der Nachrichtensprecherin in Gefahr

und trennt sich erst einmal für die Dauer von zwei Jahren - angeblich einvernehmlich. Herman nutzt die Zeit, um ihr Buch *Das Eva-Prinzip* zu bewerben. Vor dem Hintergrund der Erkenntnisse aus der Mutter-Kind-Forschung macht sie sich darin erneut für eine traditionelle Rollenverteilung zwischen Mann und Frau stark. Die erste Auflage ist sofort vergriffen, das Publikum ist begeistert. Die Medien hingegen suggerieren, es gebe eine flächendeckende Verachtung für die Thesen der "ostfriesischen Blondine". Mehrmals stören Feministinnen ihre Lesungen.

Mit dem Taz-Artikel *Das Eva-Braun-Prinzip* schlägt die Schriftstellerin Thea Dorn schließlich erneut und besonders hart mit der braunen Keule zu. Aus Hermans Egoismuskritik konstruiert Dorn eine gedankliche Nähe zur Nazi-Ideologie von der Selbstaufgabe für Volk und Führer. Daß sie die Familienpolitik im Dritten Reich in ihrem Buch auf das Schärfste kritisiert, läßt Dorn unerwähnt.

Die Mär von der Nazibraut

Hermans darauffolgendes Buch *Das Prinzip Arche Noah - Warum wir die Familie retten müssen* kritisiert unter anderem die damals noch völlig unbekannte Gender-Mainstream-Forschung. Bei der Buchvorstellung am 5. September 2007 in Berlin distanziert sich die im Netzwerk Laut gegen Nazis aktive Herman gleich zu Beginn von sämtlichen Vorwürfen, rechts zu sein. Nützen wird es ihr nichts.

"Wir müssen vor allem das Bild der Mutter in Deutschland auch wieder wertschätzen, das leider ja mit dem Nationalsozialismus und der darauf folgenden Achtundsechziger-Bewegung abgeschafft wurde", fordert Herman vor 30 Pressevertretern. "Mit den Achtundsechzigern wurde damals praktisch alles das - alles was wir an Werten hatten - es war eine grausame Zeit, das war ein völlig durchgeknallter hochgefährlicher Politiker, der das deutsche Volk ins Verderben geführt hat, das wissen wir alle - aber es ist eben auch das, was gut war - das sind die Werte, das sind Kinder, das sind Mütter, das sind Familien, das ist Zusammenhalt - das wurde abgeschafft."

Diesen verschlungenen Satz, der in den folgenden Jahren Sprachwissenschaftler und Richter beschäftigen wird, verkürzt Springers Hamburger Abendblatt noch am selben Tag zu folgender Botschaft: "Da sei vieles sehr schlecht gewesen, zum Beispiel Adolf Hitler, aber einiges eben auch sehr gut. Zum Beispiel die Wertschätzung der Mutter."

Tausende Gebührenzahler, die sich beim NDR beschwerten, werden als rechtsextreme Anhängerschaft dargestellt.

Revolverblätter und vermeintliche Qualitätsmedien spitzen weiter zu. "Eva Herman lobt Hitlers Familienpolitik", verkündet die Bild am Sonntag. "Eva Herman und die Mütter unter Hitler", titelt Spiegel Online. Zwei Tage nach der Pressekonferenz kündigt der NDR Hermans Entlassung an. Besonders dreist: Tausende Gebührenzahler, die sich beim Sender darüber beschwerten, werden im ZAPP-Medienmagazin als rechtsextreme Anhängerschaft dargestellt. "Die Frauen zurück an den Herd, die Männer hinaus ins feindliche Leben, dieser Tenor schließt nahtlos an die Nazizeit an", äußert sich Familienministerin Renate Schmidt (SPD), die vielleicht größte Nutznießerin der Situation: Die schärfste Kritikerin ihres wirtschaftskonformen Plans, 750.000 Krippenplätze zu schaffen, ist endlich so gut wie mundtot.

"Ich muß einfach lernen, daß man über den Verlauf unserer Geschichte nicht sprechen kann."

Eva Herman

Es beginnt die gesellschaftliche Ausgrenzung. Kollegen distanzieren sich öffentlich von der, laut Neuer Zürcher Zeitung, "meistgehaßten Frau Deutschlands". Termine, für die Herman gebucht worden ist, werden abgesagt. Die Geschäfte beauftragt eine Sprachanalyse ihrer Aussage und wehrt sich mit rechtlichen Klagen unter anderem gegen den NDR und den Axel-Springer-Verlag. Herman sagt später, sie wolle "Licht ins Dunkel bringen und solange kämpfen, bis die Wahrheit auch in der Öffentlichkeit bekannt ist".

Der Hexenprozeß

Als einen Monat nach der Pressekonferenz die Redaktion von Johannes B. Kerner Herman einlädt, bietet sich ihr dazu die Chance - scheinbar. Thema der Sendung: "Der Fall Eva Herman." Die Besetzung der Runde spricht von Anfang an gegen einen fairen Prozeß: Mit Senta Berger lädt man eine der 28 Frauen ins Studio, die 1971 an der Alice-Schwarzer-Aktion "*Wir haben abgetrieben*" teilgenommen haben. Mit Margarethe Schreinemakers und Mario Barth wird die Geschworenenbank im Weiteren mit desinformierten Laien besetzt. Unerhört ist die Auswahl des Gutachters: Im Zuschauerrang lauert der Historiker Wolfgang Wippermann von der Freien Universität Berlin - ein hartlinker Professor, der auch die Antifa-Szene mit Geschichtsdeutung versorgt.

Der TV-Prozeß verläuft kafkaesk. Daß Hermans Worte schlicht falsch interpretiert worden sein könnten, steht außerhalb jeder Diskussion. Der Antifa-Professor verkauft die Desinformation der Lügenmedien als Tatsachendarstellung: "Das ist in allen Zeitungen. Jetzt sagen Sie, das hat es nicht gegeben. So kann man da nicht mit umgehen als Historiker. Das ist doch sozusagen da." Hermans faktengestützter Hinweis, daß der Privatsender RTL die einzigen Aufnahmen der Pressekonferenz unter Verschuß hält, diagnostiziert er als "Verschwörungsideologie".

Als er Herman belehrt, mit "Gleichschaltung" einen angeblichen Nazi-Begriff verwendet zu haben, erwidert sie schlagfertig: "Es sind auch Autobahnen damals gebaut worden, und wir fahren heute drauf." Das Trio Berger-Schreinemakers-Wippermann reagiert entsetzt, das Publikum gespalten.

Applaus und Empörung halten sich in etwa die Waage. "Autobahn geht nicht", verwarnt Kerner die Angeklagte. "Das! Geht! Nicht! ... Ich krieg erhöhten Puls", wettet Schreinemakers los. War der Rausschmiß schon im Voraus beschlossen worden? Ein Versprecher Senta Berbers weist darauf hin. Als die Diskussion zunächst weitergeht, appelliert sie entnervt an Kerner: "Da muß ich mich vorbereiten, muß ihre Bücher kennen - oder aber wir machen, was wir eigentlich auch mal vorgesehen hatten." Der Moderator handelt und wirft Herman aus dem Studio. Als sie geht, applaudiert das Publikum.

"Ich muß einfach lernen, daß man über den Verlauf unserer Geschichte nicht sprechen kann, ohne in Gefahr zu geraten", gibt Herman danach zu Protokoll. Noch vor der Ausstrahlung gibt Deutschlands größte Presseagentur dpa Hermans Haltung falsch wieder: "Wenn man nicht über Familienwerte der Nazis reden dürfe, könne man auch nicht über die Autobahnen sprechen, die damals gebaut wurden." Fast sämtliche Zeitungen übernehmen diese verzerrte Darstellung ungeprüft. Herman wird endgültig zur Unperson.

2009 gibt ihr das Oberlandesgericht Köln Recht: Sie habe den Nationalsozialismus nicht gelobt. Im selben Jahr aber weist das Hamburger Landesarbeitsgericht Hermans Klage gegen die Auflösung ihres Arbeitsvertrages in zweiter Instanz zurück. Damit ist ihr Berufsverbot bei ARD und ZDF zementiert. 2011 entscheidet der Bundesgerichtshof, das Hamburger Abendblatt habe Hermans Aussagen als Lob für die Wertschätzung der Mutter in der NS-Zeit interpretieren dürfen.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 29. April 2016: >>**Letzter Ausweg Kulturmarxismus**

Mimikry, Camouflage und das Interesse der Ideologie: Die Frankfurter Schule im Dienste des amerikanischen Geheimdienstes

Die Erklärungsversuche der Erschütterungen, Verwerfungen und Brüche, die mit dem 20. Jahrhundert verbunden waren, sind allgegenwärtig. Hinter der Oberflächenformel vom "Zeitalter der Extreme" verbirgt sich indes ein Jahrhundert der Ideologien, deren Konfliktmuster die Konturen eines europäischen Bürgerkrieges aufwies.

Demzufolge spielten in dieser Epoche sehr abstrakte, die Ideologien als elementare Glaubens-

komplexe konstituierende Vorstellungen und Begriffe eine wesentliche Rolle. Um ein angemessenes Verständnis dieser Semantiken wird wohl noch lange erbittert gerungen werden. Während der Nationalsozialismus als "Radikalfaschismus" (Ernst Nolte) ein ausgezeichnetes Studienobjekt bildet, wird die Rolle der zweiten Großideologie des Jahrhunderts, des Marxismus und seiner Derivate, nicht selten marginalisiert.

Doch der klassische Parteimarxismus ist in Deutschland längst ad acta gelegt; die Sozialdemokraten entledigten sich seiner 1959 in Bad Godesberg; den Kommunisten und ihren Nachfolgern gelang es im Zuge der mitteldeutschen Wende von 1989/90 den einst alles beherrschenden Marxismus-Leninismus abzuschütteln. Anders verhält es sich mit dem erfolgreichsten Ableger der Ideenreihe des Marxismus, dem schillernden Neomarxismus der sogenannten Frankfurter Schule. Sie ist bis heute überaus wirkmächtig und gilt als das eigentliche ideologische Rückgrat der Bundesrepublik, wie das Standardwerk über "Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik" (3. Auflage 2007) nachweist.

Wie konnte eine neomarxistisch orientierte Denkströmung derart staatstragend werden? Und vor allem: Was ist die Frankfurter Schule? Dazu gibt es zwei Auskünfte, eine weithin bekannte und eine eher unbekannt. Die intellektuellen Köpfe erkannten - so hebt die offizielle Sichtweise an - frühzeitig, daß der sowjetische Versuch der Verwirklichung eines Kommunismus mit dem humanistischen Gehalt des Marxismus nicht übereinzubringen war.

Marxisten im Dienste einer kapitalistischen Weltmacht

Statt dessen inaugurierten sie eine modernisierte Neubegründung der sozialistischen Tradition, bevor sie im Zuge der nationalsozialistischen Machtergreifung 1933 aus russischen Gründen in die Emigration gezwungen wurden. Nach 1945 kehrten sie in die Bundesrepublik zurück und inspirierten, was nicht ohne fortschrittsfördernde Konflikte vonstatten ging, die Kulturrevolution von 1968, in deren Gefolge die Bundesrepublik erst recht eigentlich zu ihrer gegenwärtigen Form fand und seitdem als stabile Demokratie und offene Gesellschaft ein positives Beispiel deutscher Staatlichkeit darstellt, wie die heutigen Adepten dieser Schule selbstzufrieden resümieren würden.

Natürlich rufen derartige Erfolge auch Zweifler oder politische Gegner auf den Plan - und doch hat eine wirklich kritische Sicht auf die Frankfurter Denker sich auf vor allem ein Schlüsseldokument zu konzentrieren. Dabei handelt es sich um "33 Thesen", die im amerikanischen Exil entstanden und Anfang Februar 1947 von Herbert Marcuse in deutscher Sprache abgefaßt wurden (Feindanalysen, 2. Auflage 2007). Das vertrauliche Papier ist indes nicht das alleinige Produkt Marcuses, sondern wurde Ende des Jahres 1946 bei Diskussionen im innersten Zirkel der Frankfurter Schule konzipiert, den Max Horkheimer anleitete. Es wurde mehrfach diskutiert, ergänzt und erweitert und war über fast zwei Jahre hinweg virulent. Prinzipiell gilt: Wer diese in Paragraphenform abgefaßten Thesen nicht kennt, weiß nicht, was die Frankfurter Schule ihrer ersten Natur nach war.

Ihr Ausgangspunkt war, daß der Westen insgesamt sich nach dem Sieg über den Nationalsozialismus selbst faschisieren würde, wodurch sich weltweit neo-faschistisches Kapital und revolutionsunfähiger Sowjetblock gegenüberstünden. Aber nicht die verfehlte Zeitdiagnose ist letztlich bemerkenswert, sondern ihr extrem orthodoxer Marxismus und dessen utopistische Ziele: Abschaffung von Herrschaft, Ausbeutung, Arbeitsteilung und (Lohn-)Arbeit. Die politische Haltung der Frankfurter Schule entpuppt sich als ein konsequenter, die Option von Anarchie und "Terror" (Horkheimer, Gesammelte Schriften Band 19) einschließender Leninismus - allerdings ohne Partei und ohne Arbeiterklasse.

Diese Praxislücke ließ sich in Amerika nicht überbrücken, sondern verwies nach Westeuropa und Westdeutschland. Von der Sache her aber handelt es sich hier um eine Art Blaupause für einen Zivilisationsbruch nach bolschewistischem Vorbild, auch wenn der katastrophische Bruch als "Sprung in den Sozialismus" verklärt wurde. Mit dieser denkwürdigen Programma-

tik, die im ersten Heft der erneuerten Zeitschrift für Sozialforschung erscheinen sollte, wollte man der "allgemeinen Orientierungslosigkeit" nach dem Epochenschnitt von 1945/46 entgegenwirken. Die originäre Frankfurter Schule war, so muß die Wesensdefinition lauten, die geschäftigste Gruppe der am meisten progressiven, pseudomessianischen und revolutions-trunkenen Elemente der Ewigen Linken.

Der gewonnene Gesichtspunkt der verborgenen innersten Verfaßtheit der Frankfurter Schule leitet über zur anzuzeigenden Edition. Im Frühjahr 1943 traten drei ihrer Mitarbeiter in den Dienst des amerikanischen Geheimdienstes OSS ein: Herbert Marcuse (1898-1979), Otto Kirchheimer (1905-1965) und der Sozialdemokrat Franz Neumann (1900-1954), der als Doppelagent auch für die Sowjetunion agierte. Womit sich sofort die Frage stellt, wie man sich die Tätigkeit überzeugter Marxisten im Dienste der führenden kapitalistischen Weltmacht vorzustellen habe? Die umfangreiche Edition und das Vorwort des italienischen Herausgebers, Raffaele Laudani, ermöglichen hierzu nunmehr ebenfalls zwei Auskünfte. Eine weithin bekannte und eine eher unbekante.

Die Amerikaner waren an Informationen über den nationalsozialistischen Gegner interessiert, die Emigranten waren Deutschland-Experten mit hohen wissenschaftlichen Qualifikationen. Über diesen Deal hinaus hatten sie als rassisch Verfolgte gute Gründe, sich in die Front gegen "Nazideutschland" einzureihen; darüber hinaus konnten sie so ihren Lebensunterhalt bestreiten, denn um die Finanzlage der Frankfurter Schule war es seinerzeit schlecht bestellt. Die kollektiv oder einzeln verfaßten einunddreißig Berichte und Analysen, die hier erstmals vollständig auf deutsch verfügbar werden, sind demzufolge als antifaschistischer Beitrag zu werten. Sie decken eine große Bandbreite von strategischen Fragestellungen ab (unter anderem die Gestaltung Nachkriegsdeutschlands, Bestrafung von Kriegsverbrechern) und stellen eine außerordentlich interessante Lektüre dar.

Nach 1945 hatten die USA plötzlich andere Interessen

Allerdings blieb die Zusammenarbeit zweier derartig unterschiedlicher Interessenlagen nicht ohne Konflikte, was - wie der Herausgeber herausstellt - "innerhalb der amerikanischen Verwaltung zu regelrechten 'Schlachten' führte - die die Frankfurter Gruppe fast immer verlor". Hiermit wird die ambivalente Seite des marxistischen Kriegseinsatzes sichtbar. Denn immer wieder schossen die engagierten Geheimdienstler über das Ziel hinaus, was an zahlreichen Vorschlägen deutlich wird, die letztlich im Interesse ihrer antikapitalistischen Agenda standen und auf die bürgerliche Substanz Deutschlands zielten, wie die Vorschläge zur Verstaatlichung von Schlüsselindustrien, ausufernde Namenslisten von Wirtschaftsführern, Demokratie als Arbeiterdemokratie.

Der Nürnberger Hauptankläger Robert Jackson beispielsweise stand der ökonomischen Ursachenforschung Neumanns äußerst ablehnend gegenüber, woraufhin dieser aus Protest zurücktrat. Marcuse und Kirchheimer wurden, da der "linke" OSS geschlossen wurde, ins Außenministerium versetzt, was einer Degradierung gleichkam. Die konservativen Amerikaner verfolgten eigene Ziele in Deutschland, indem sie das christdemokratische Zentrum aufbauten.

Insofern war der Kriegseinsatz der Frankfurter Schule eine Episode, ebenso wie die "33 Thesen" - und doch sind es solche typischen Episoden, die ein stets verklärtes Phänomen der deutschen Ideologiegeschichte besser verstehen helfen.

Die begabten Intellektuellen aber hatten ihre Lektion gelernt und schalteten, als die Amerikaner die kapitalistische Wiedererrichtung Westdeutschlands forcierten (Sommer/Herbst 1948), ihr Theoriedesign endgültig um. Nicht mehr die altmarxistische Politisierung der Ökonomie steht seitdem im Zentrum, sondern die schon länger vorbereitete kritisch-intellektualistische Thematisierung der Kultur; der zuvor verachtete Überbau avanciert zum erfolgversprechenden Kampffeld (Kulturmarxismus). Marcuse wird sich später diesem Paradigmenwechsel anschließen, verweist doch mancher Gedanke der "33 Thesen" auf den kommenden messiani-

schen Aufbruch des Jahres 1968.

Raffaele Laudani (Hrsg.): Franz Neumann, Herbert Marcuse, Otto Kirchheimer. Im Kampf gegen Nazideutschland. Die Berichte der Frankfurter Schule für den amerikanischen Geheimdienst 1943-1949, Campus Verlag, Frankfurt am Main 2016 ...<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 14. Mai 2016 (x892/...): >>"Monokulturelle Staaten ausradieren!"

Erster Vizepräsident der EU-Kommission und EU-Kommissar für "Bessere Rechtssetzung, interinstitutionelle Beziehungen, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechtecharta", Frans Timmermans, hat die Katze aus dem Sack gelassen. Während einer Rede während des "Grundrechte-Kolloquiums der EU" (EU Fundamental Rights Colloquium) hat er die Mitglieder des EU-Parlaments aufgefordert, ihre Anstrengungen zu verstärken, "monokulturelle Staaten auszura-dieren" und den Prozeß der Umsetzung der "multikulturellen Diversität" bei jeder einzelnen Nation weltweit zu beschleunigen. Damit werden die Absichten der gesteuerten Massenein-wanderung nach Europa offengelegt. Im Hintergrund steht eine UN-EntschlieÙung, die das-selbe Ziel weltweit verfolgt.

Die Zukunft der Menschheit, so Timmermans, beruhe nicht länger auf einzelnen Nationen und Kulturen, sondern auf einer vermischten Superkultur. Die heutigen Konservativen, die ihre eigenen Traditionen wertschätzen und eine friedliche Zukunft für ihre eigenen Gemein-schaften wollen, berufen sich laut Timmermans auf eine "Vergangenheit, die nie existiert hat" und können deshalb nicht die Zukunft diktieren. Europäische Kultur und europäisches Erbe seien lediglich soziale Konstrukte und jeder, der etwas anderes behauptete, sei engstirnig. Europa sei immer schon ein Kontinent von Migranten gewesen und europäische Werte bedeuteten, daß man multikulturelle Diversität zu akzeptieren habe. Wer dies nicht tue, stelle den Frieden in Europa in Frage.

Die Masseneinwanderung von moslemischen Männern nach Europa sei ein Mittel zu diesem Zweck. Kein Land solle der unvermeidlichen Vermischung entgehen, vielmehr sollen die Zuwanderer veranlaßt werden, auch "die entferntesten Plätze des Planeten zu erreichen, um sicherzustellen, daß nirgends mehr homogene Gesellschaften bestehen bleiben."

Timmermans ist einer der ersten unter den EU-Führern, der die Maske fallen läßt und seine Vorstellungen so deutlich ausspricht.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 16. Juni 2016 (x892/...): >>"Kirchen zu Moscheen"

Viele Gotteshäuser werden vom Islam übernommen und umgenutzt. - Im Nahen Osten geht die Präsenz der Christen nach 2.000 Jahren angesichts eines gewalttätigen Islams zu Ende. Doch die Liste der an Muslime verkauften Kirchen und Synagogen wird auch in Europa immer länger. Viele sprechen von einem Ausverkauf des Christentums an den Islam. Wieder einmal versuchen türkische Muslime, aufgepeitscht von einem Imam aus Saudi-Arabien, die Hagia Sophia (Heilige Weisheit) in Istanbul, einst die größte Kathedrale der christlichen Welt, bevor die muslimisch-osmanischen Türken sie 1453 eroberten, in eine Moschee umzuwan-deln. Zumindest einen Teilerfolg haben sie bereits erreicht.

Vorerst noch auf die Dauer des islamischen Fastenmonats Ramadan beschränkt, wird die 1934 vom Laizisten Kemal Atatürk in ein Museum umgewandelte Hagia Sophia wieder zur Mo-schee. Der regierungsnahen Morgenzeitung "Sabah" reicht das nicht. Sie fordert, daß die einstige Hauptkirche des orthodoxen Christentums über den Ramadan hinaus Moschee bleibt. Da die westlichen Christen mit ihrer Armenienpolitik keine Freunde mehr seien, brauche man auf sie auch keine Rücksicht mehr zu nehmen. Zahlreich sind im Nahen Osten die zu Kult-stellen des Islam verwandelten Kirchen und Synagogen wie etwa die heutige Umayyaden-Moschee in Damaskus, die Ibn-Tulun-Moschee in Kairo oder die Kreuzfahrer-Kathedrale von Famagusta auf Zypern. Auf dem Jerusalemer Tempelberg errichteten die muslimischen Er-

oberer ihre drittheiligste Stätte auf den Ruinen des jüdischen Tempels.

In Europa passiert gerade ähnliches. Fast in jeder modernen europäischen Stadt werden neue Moscheen gebaut oder Kirchen umgewidmet. Es gibt aber auch immer mehr verlassene und profanierte Kirchen. In der niederländischen Provinz Friesland wurden 250 von 720 Kirchen entweder umgewidmet oder geschlossen.

Die Fatih Camii Mosque in Amsterdam war einst die Sankt-Ignatius-Kirche. Eine Synagoge in Den Haag wurde zur Al-Aqsa-Moschee. Die Hauptmoschee in Dublin ist eine ehemalige Presbyterianerkirche. In England wird die St. Marks Cathedral nun New-Peckam-Moschee genannt. Die Moschee von Disbury in Manchester war einst eine Methodistenkirche. In Lancashire gaben die Behörden die Genehmigung, die anglikanische Kirche Saint Peter's in Cobridge zur Madina-Moschee zu verwandeln.

In Belgien, einst eine Wiege des europäischen Katholizismus, werden Dutzende von Kirchen geschlossen. Die Kirche der heiligen Catherine, 1874 errichtet, dominiert Brüssels historischen Stadtkern, sie sollte gemäß einem Vorschlag der Stadt zu einer Obsthalle umfunktioniert werden. Nur die Mobilisierung der Gläubigen vereitelte den Plan.

Auch in Deutschland gibt es einen Ausverkauf von Kirchen. Zwischen 1990 und 2010 hat die Evangelische Kirche in Deutschland 340 Kirchen geschlossen. In Hamburg hat die muslimisch-alevitische Gemeinde kürzlich eine evangelische Kirche gekauft. Die Kirche St. Raphael in Berlin-Spandau ist nun ein Lebensmittelladen. In Trier wurde die St.-Maximin-Kirche, eine der ältesten der Römerstadt, zu einer Schulturnhalle umgebaut. In der Kleinstadt Neunkirchen an der Saar wurden im letzten Jahr allein drei katholische Kirchen profaniert.

Der siebenbürgisch-französische Schriftsteller Emile Cioran stellte Europa einst eine düstere Prophezeiung: "Die Franzosen werden nicht eher aufwachen, als bis Notre Dame zu einer Moschee geworden ist." ...<<